

Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?

Fürtig, Henner

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fürtig, H. (2011). *Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?* (GIGA Focus Nahost, 2). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274814>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Präsidentensturz in Ägypten: Personal- oder Regimewechsel?

Henner Fürtig

Am 11. Februar 2011 trat der ägyptische Präsident Hosni Mubarak von seinem Amt zurück. Damit gab er den Forderungen der Massendemonstrationen nach, die am 25. Januar 2011 in Kairo begonnen und anschließend sukzessive das ganze Land erfasst hatten. Interimistisch übernahm ein „Oberster Militärrat“ die Macht.

Analyse

Der achtzehntägige Massenaufstand stellt die größte Volkserhebung in Ägypten seit dem Sturz der Monarchie 1952 dar und war zudem in der bisher extrem obrigkeitsfixierten ägyptischen Gesellschaft nicht vorhersehbar. Auf Grund der traditionell zentralen Rolle Ägyptens in der arabischen Welt hätte ein erfolgreicher Regimewechsel immense Auswirkungen auf die Autokratien in der Nachbarschaft. Angesichts der umfangreichen Erfahrungen und Beharrungskräfte des alten Regimes bleibt ungewiss, ob der Umsturz über einen bloßen Personalwechsel an der Spitze der Machtpyramide hinausgehen wird. Argumente dafür und dagegen halten sich in etwa die Waage.

- Der Sturz Hosni Mubaraks war kein Putsch oder Staatsstreich, sondern das Ergebnis einer landesweiten, soziale, politische und Generationengrenzen überwindenden Massenerhebung.
- Trotz seiner systemstabilisierenden Rolle und seines Selbstverständnisses als „Grals-hüter“ der Republik betrachtet sich das ägyptische Militär nicht als politisch gestaltende Kraft, geschweige denn als Junta.
- Islamistische Kräfte waren ein wichtiger, aber nicht dominanter Teil des Aufstands.
- Größtes Handicap der Aufständischen ist ihr mangelnder Organisationsgrad und das Fehlen ausformulierter Programme und anerkannter Führungspersönlichkeiten.
- Beispiele aus der jüngeren Geschichte, nicht zuletzt die „orange Revolution“ in der Ukraine, beweisen, dass eine hohe Massenbeteiligung allein keine Nachhaltigkeit eines Regimewechsels garantiert. Hierzu bedarf es weiterer – auch westlicher – Stützungsmaßnahmen.

Schlagwörter: Ägypten, Aufstand, Mubarak, Muslimbruderschaft, Militär

1 Die Ausgangslage

Das autokratische ägyptische Herrschaftssystem erwies sich in den knapp sechzig Jahren seines Bestehens als außerordentlich stabil. Faktisch herrscht seit dem Sturz der Monarchie 1952 ein nur durch den natürlichen Generationswechsel mit neuen Gesichtern versehenes, aber in der Substanz unverändertes Regime in einem dreiseitigen, aus Militär und Sicherheitsdiensten, der jeweils „herrschenden“ zivilen Partei und den Kommandostellen des öffentlichen Sektors gebildeten Koordinatensystem. Das Regime gehört somit zu den erfahrensten in der arabischen Welt und hat seine „Krisenhärte“ mehrmals unter Beweis gestellt: es überstand u. a. drei Nahostkriege, drei Golfkriege, einen Präsidentenmord, ein Jahrzehnt nahezu kompletter innerarabischer Isolation und ein weiteres Jahrzehnt im faktischen Bürgerkrieg.

Als *ultima ratio* scheute sich das Regime in den Jahrzehnten seines Bestehens nicht, brutale Gewalt gegen tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle einzusetzen. In der Regel versuchte es jedoch, den Anschein einer offenen Diktatur zu vermeiden. Ein umfassendes Gesetzssystem bildete ein weit verzweigtes legalistisches Gerüst der Herrschaft („not rule of law, but rule by law“), wobei die seit 1981 geltenden Notstandsgesetze einen stets präsenten „Sicherungsanker“ darstellten. Zusätzlich dazu inszenierte der prowestliche Präsident Mubarak nach dem Ende des Kalten Krieges und der im Westen postulierten „dritten Welle der Demokratisierung“ ein ausgeklügeltes Programm von Scheinreformen. Das Fehlen von Freiheit und Demokratie wurde hinter Schlagworten wie „Reform“ und „Liberalisierung“ versteckt. Für Daniel Brumberg, den ehemaligen Chef des Demokratie-Projekts der Carnegie-Stiftung, avancierte Ägypten zum Musterbeispiel für den von ihm kreierten Begriff der „liberalisierten Autokratie.“¹ Zu einem Höhepunkt des Reformtheaters geriet der „Kairoer Frühling“ 2005, als Mubarak mehrere Kandidaten zu den anstehenden Präsidentenwahlen einlud, nur um gleichzeitig seine unausweichliche Wiederwahl per Gesetz sicherzustellen.

Ein weiteres wichtiges Instrument der Herrschaftssicherung stellten Patronage und Kooptation dar, die per Saldo Verfolgung und Ausgrenzung vorgezogen wurden. Das führte nicht zuletzt dazu, dass die insgesamt 23 legalen Oppositionsparteien faktisch funktionaler Teil des Herrschaftssystems wurden. „Authentische“ Opposition manifestierte sich entweder in diversen

„grassroot“-Bewegungen (teilweise unter Einschluss von NGOs), oder – ungleich stärker – in Gestalt der halblegalen Muslimbruderschaft, die aber starken Repressalien ausgesetzt war. Auf Grund des zentralisierten und stark personalisierten, „pharaonischen“ Macht-systems in Ägypten hängt die Wirksamkeit der Instrumente zur Herrschaftssicherung erheblich von der Performanz der Staatsspitze – also vom Präsidenten – ab. Hosni Mubarak, geboren 1928, entsprach seit 2005 immer weniger den Anforderungen – auch den physischen – dieses spezifischen, pyramidalen Systems.

Zum einen erwies er sich als unfähig, die Folgen seiner Reformen zu beherrschen. Nicht nur, dass sich die Wirkungen einer relativ zügigen Liberalisierung im Mediensektor (private elektronische und Printmedien, ungehinderter Internetzugang) nicht mehr eindämmen ließen, sondern vor allem im ökonomischen Bereich fand Mubarak keine wirksame Methode, das im Zuge der in den 1990er Jahren begonnenen ökonomischen Liberalisierung immer stärker gewordene liberale Unternehmertum in das bestehende Regime zu integrieren bzw. ein Arrangement mit dem regimetragenden öffentlichen Sektor herzustellen. Die wachsenden Widersprüche zwischen den beiden Wirtschaftssektoren ergriffen auch die regierende Nationaldemokratische Partei (NDP), in der sich ein heftiger Richtungskampf zwischen den Spitzen des bürokratischen Sektors (Gali-onsfigur: Safwat al-Sherif) und den Vertretern des neuen, liberalen Unternehmertums (Integrationsfigur: Präsidentensohn Gamal Mubarak) entwickelte. Infolgedessen verschärfte sich die soziale Krise: seit 2006 nahmen Arbeitskämpfe, oft mit Zehntausenden Beteiligten, zu und schufen eine gewisse „Mobilisierungsroutine“.

Zum anderen entglitten Hosni Mubarak die Fertigkeiten des Reformtheaters. Aufgeschreckt durch den Achtungserfolg der Muslimbruderschaft bei den Parlamentswahlen 2005 verfolgte er bei der Neuauflage der Wahlen im November 2010 einen rigiden Repressionskurs. Einschüchterung der Wähler und massive Fälschungen sicherten der NDP zwar 87 Prozent der Sitze und drückten den Anteil der Oppositionsmandate auf unter 3 Prozent (Rest Unabhängige)², nahmen den Wahlen aber auch den letzten legitimierenden Effekt; der Präsident hatte seinen Kredit verspielt.

Die gewachsene Labilität des Systems zeigte sich nicht zuletzt an den Reaktionen auf den Sturz des tunesischen Präsidenten Ben Ali am 14. Januar 2011. Mubarak fiel kaum mehr ein, als bereits beschlossene Preiserhö-

1 Vgl. Daniel Brumberg (2003), *Liberalization versus Democracy. Understanding Arab Political Reform*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, Working Papers, 37, S. 4 ff.

2 Vgl. Dunne, Michele und Amr Hamzawy (2010), *From Too Much Egyptian Opposition to Too Little – and Legal Worries Besides*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace (Commentary, 13.12.), S. 2.

hungen zu verschieben und schon eingeführte zurückzunehmen; nicht genug, um zehn Tage später eine erste Protestdemonstration auf dem zentralen Kairoer Tahrirplatz zu verhindern.

2 Die Akteure

Das Regime

Da die Demonstrationen seit dem 25. Januar 2011 in ihrer Intensität stetig zunahmen, verlegte sich Hosni Mubarak auf eine durch den Wechsel von brutaler Gewaltanwendung und Zugeständnissen geprägte Hinhaltenaktik. Am 29. Januar 2011 ernannte er mit Geheimdienstgeneral Omar Suleiman erstmals seit seiner Amtsübernahme einen Vizepräsidenten und mit dem ehemaligen Luftwaffenchef Ahmad Shafiq einen neuen Ministerpräsidenten. Obwohl er Suleiman erhebliche Machtbefugnisse übertrug, konterkarierte seine Ankündigung, bis zu den regulären Präsidentenwahlen im September 2011 im Amt bleiben zu wollen, alle Beschwichtigungsbemühungen. Am 11. Februar 2011 ließ er seinen neuen Vizepräsidenten Suleiman verkünden, dass er zurücktrete und alle Machtbefugnisse einem „Obersten Militärrat“ (OMR) unter Führung von Feldmarschall Muhammad Hussein Tantawi übertrage. Der Personalwechsel an der Spitze der Machtpyramide war somit vollzogen; von diesem Moment an stellte sich fortan die Frage, ob es mittelfristig – selbst unter Hinnahme weiteren Personalwechsels – bei der Regimekorrektur bleiben würde oder ob dieser tatsächlich den Beginn des Regimewandels markiert hatte.

In den Folgetagen löste der OMR das diskreditierte Parlament auf, kündigte aber gleichzeitig an, die Amtsgeschäfte nur für eine Übergangsperiode von sechs Monaten bzw. bis zur Neuwahl des Parlaments und des Präsidenten zu übernehmen. Am 14. Februar 2011 beauftragte er eine Kommission unter dem renommierten Juristen Tariq al-Bishri, binnen zehn Tagen die sechs wichtigsten „für die Errichtung eines demokratischen und freien Staates“³ notwendigen Änderungen der aktuellen Verfassung vorzuschlagen. Die Vorschläge wären dann in einem Referendum zu bestätigen. Am 16. Februar 2011 schloss der OMR mit der Zusage an die Verfassungskommission, die Notstandsgesetze auf jeden Fall vor den nächsten Parlaments- und Präsidentenwahlen aufzuheben, seine erste Runde wichtiger Proklamationen ab.

Im Gegensatz zum Parlament löste der OMR die Regierung nicht auf, sondern übertrug ihr weiterhin die Wahrnehmung des politischen Alltagsgeschäfts. Aller-

dings ersetzten Oppositionspolitiker besonders prominente Minister der Mubarakära. Am 3. März 2011 mussten schließlich auch der diskreditierte Außenminister Ahmed Abul Gheit und nicht zuletzt Ministerpräsident Ahmad Shafiq zurücktreten. Letzterer wurde durch den Technokraten Essam Sharaf ersetzt.

Am 26. Februar 2011 stellte Tariq al-Bishri die Ergebnisse der Arbeit seiner Kommission in einer Pressekonzferenz vor. Zu den wichtigsten Änderungsvorschlägen gehörten dabei die Begrenzung der Amtszeit zukünftiger Präsidenten auf zwei Wahlperioden, die Pflicht zur Nominierung eines Vizepräsidenten, die Sicherstellung freier und geheimer Mehrkandidatenwahlen und die ersatzlose Streichung des bisherigen Artikels 179, der die Notstandsgesetze de facto in der Verfassung verewigen sollte. Der kontroverse Artikel 5, der die Wahlmöglichkeiten von Organisationen und Personen mit konfessioneller Agenda extrem beschneidet, blieb zunächst unbeanstandet.⁴

Die ersten Maßnahmen des OMR erlauben jedenfalls noch keine klare Antwort auf die Frage, ob in Ägypten tatsächlich ein Regimewechsel eingeleitet wurde. Nicht von ungefähr hatten prominente Oppositionelle, so zuletzt der Führer der „Nationalen Bewegung für den Wandel“ (NBW), Mohammad El-Baradei, statt eines militärisch dominierten Regentschafts- ein Machtteilungsmodell vorgeschlagen, in dem ein Übergangsgremium aus Oppositionellen und Militärs die Regierungsverantwortung bis zu Neuwahlen übernommen hätte.⁵ Im Extremfall könnte die Herrschaft des OMR die Umsetzung von Mubaraks bzw. Suleimans Hinhaltenaktik bedeuten, nur ohne Mitwirkung der beiden Architekten.

*Das Militär*⁶

Mit etwa 850.000 Angehörigen (davon knapp 500.000 Reservisten) zählt die ägyptische Armee zu den zehn größten Streitkräften der Welt. Obwohl sie zu den Eckpfeilern des seit 1952 herrschenden Regimes gehört und bisher alle Präsidenten aus ihren Reihen hervorgegangen sind, genießt sie die Achtung und Wertschätzung der ägyptischen Bevölkerungsmehrheit.

Zum einen liegt das daran, dass sie als im Kampf gegen koloniale Bevormundungsbestrebungen und tatsächliche oder unterstellte fremde Aggressionsabsichten ausgewiesener Garant der nationalen Unabhängigkeit gilt. Zum anderen bewies sie mehrfach, dass ihr nicht an der dauerhaften Übernahme direkter politischer Macht

³ Vgl. Al-Ahram, Kairo, 27.2.2011.

⁴ Vgl. New York Times, New York, 10.2.2011.

⁶ Obwohl andere Sicherheitskräfte, nicht zuletzt die Polizei, zahlenmäßig noch stärker sind als die Armee, erfolgt hier eine Beschränkung auf das Militär als systemkonstituierende Komponente.

³ Zit. in Middle East Economic Survey (MEES), 54 (2011) 8, S. 24.

gelegen ist. Seit der Abschaffung der Monarchie fand kein Militärputsch statt; eine Militärjunta ist im Nilland unbekannt. Es scheint, als strebe die Armee ausschließlich nach der Erhaltung von Ordnung, jedoch nicht nach der Übernahme politischer Macht.⁷

In Ermangelung militärischer Herausforderungen nach Camp David und dank der bewussten Privilegierung durch Präsident Mubarak verlegten sich die obersten Dienststränge der Armee seit den 1980er Jahren auf die Generierung ökonomischer Gewinne. Dem Militär gehörende oder unterstellte Unternehmen erbringen gegenwärtig etwa ein Fünftel der gesamten ägyptischen Wirtschaftsleistung und produzieren eine Vielzahl ziviler Güter von Elektronikartikeln bis zu Nahrungsmitteln. Die Militärs agieren im Bereich der Schwerindustrie, des Tourismus und der Infrastruktur und sind zudem der größte Landeigner.⁸ Folgerichtig funktioniert das Militär auch als einer der größten und wichtigsten Arbeitgeber des Landes. Die militärischen Profiteure dieses Systems haben also viel zu verlieren, wenn ein Regimewandel zu ihren Ungunsten ausgehen sollte. Sie stellen damit eine Bastion gegen eine Beschleunigung von Privatisierungen bzw. die Beschneidung des öffentlichen Wirtschaftssektors dar. Ein weiteres erhebliches Beharrungspotential ergibt sich aus dem hohen Anteil von Offizieren in staatlichen Institutionen. In der Regel waren alle Provinzgouverneure früher Generäle. Warum sollte das Militär also eine Demilitarisierung staatlicher Institutionen befürworten? Wird das Militär neben der Bewahrung des öffentlichen Sektors am Ende nicht auch eine Revitalisierung der Regierungspartei NDP betreiben?⁹

Die NDP

Als herausragendes Symbol der Mubarakherrschaft befindet sich auch die etwa zwei Millionen Mitglieder zählende NDP nicht erst seit der Erstürmung ihres Kairoer Hauptquartiers am 28. Januar 2011 im Niedergang. Bereits unmittelbar nach Beginn der Demonstrationen flohen namhafte Vertreter außer Landes; andere wie Safwat El-Sherif, Ahmad Ezz und Fathi Sorour stehen unterdessen unter Anklage und sind aus der Partei ausgeschlossen worden. Laut Erklärung des neuen Generalsekretärs Mohammad Ragab vom 27. Februar 2011 gilt das auch für den bisherigen Vorsitzenden Hosni Mu-

barak.¹⁰ Der OMR dürfte jedenfalls eine Rehabilitierung der NDP nicht als prioritär ansehen. Zum einen würde das seinem Ansehen enorm schaden und zum anderen waren die Militärs in den vergangenen Jahren gerade mit dem NDP-Wirtschaftsflügel um Gamal Mubarak außerordentlich unzufrieden. In erster Linie aus Eigeninteresse warfen sie ihm vor, aus purer Profitgier zu privatisieren und den Nationalreichtum des Landes an Investoren aus China, den USA und den Golfstaaten zu verschleudern.¹¹

Da sich der Zustand der NDP gegenwärtig nicht nur in Kairo, sondern auch in den anderen urbanen Zentren Ägyptens als desolat darstellt, ist ein rascher Aufschwung – auch auf Grund der mangelnden Unterstützung durch das Militär – eher unwahrscheinlich. Einzig die Verankerung der NDP in den ländlichen Gebieten, wo sie mangels Alternativen seit Jahren strukturbestimmend wirkt und wo immer noch die knappe Mehrheit (57 Prozent) der ägyptischen Bevölkerung lebt, lässt der Partei – unsichere – Überlebenschancen.

Die Opposition

Der erfolgreiche Sturz des verhassten Präsidenten Hosni Mubarak gab den Demonstranten am Ende zwar Recht, „schulmäßig“ vorhersehbar war er jedoch keinesfalls. Dagegen sprachen nicht zuletzt der mangelnde Organisationsgrad der Oppositionellen, das Fehlen von Programmen und integrierenden Führungspersonlichkeiten, die Schwäche der legalen Opposition und das zunächst zögerliche Verhalten der stärksten Oppositionskraft, der Muslimbruderschaft. Unterdessen liegen erste Erklärungsversuche für den dennoch erzielten Erfolg vor. Sie führen einerseits die Tatsache an, dass die Konzentration auf ein wesentliches Ziel – den Sturz des Präsidenten – half, gravierende soziale, religiöse, ideologische und Altersunterschiede innerhalb der Protestbewegung zu überwinden und sich nicht im Vorweg durch programmatische Konflikte bzw. Eifersüchteleien zwischen den Führungspersonen selbst zu schwächen.¹² Andererseits habe es der dezentrale, amorphe Netzwerkcharakter der Protestbewegung dem Regime schwer gemacht, führende Personen und Organisationen der Opposition zunächst zu identifizieren und dann zu paralysieren.¹³ Das mag für erste Erklärungen

7 Vgl. Nathan J. Brown (2011), *The Struggle to Define the Egyptian Revolution*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace (Commentary, 17.2.), S. 1.

8 Vgl. Popular Protest in North Africa and the Middle East (I): Egypt Victorious? Brussels: International Crisis Group, *Middle East/North Africa Report*, 101, (24.2.2011), S. 16 f.

9 Siehe auch Bassma Kodmani (2011), *The Middle East in the Aftermath of Arab revolutions in Tunisia and Egypt*, Washington D.C.: Arab Reform Initiative, (15.2.2011) S. 3 f.

10 <<http://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/6644/Egypt/Politics/-NDP-fires-Mubarak--then-what.aspx>> (5.3.2011).

11 Vgl. Paul Amar, *Warum Mubarak am Ende ist*, Frankfurt am Main, FazNet, 7.2.2011.

12 Vgl. Popular Protest..., FN 7, S. ii, 19.

13 Vgl. Adel Darwish u.a. (2011), *Egypt: Is the Party Over?*, *The Middle East*, 420, London, 14, March 2011.

genügen; eine genauere Betrachtung der wichtigsten Bestandteile der Opposition bleibt aber unerlässlich.

Die Graswurzel-Komponente

Bereits während der Kundgebungen gegen den Irakkrieg von 2003 entstand eine neue Protestkultur, die vorher in Ägypten unbekannt gewesen war: ein breiter Widerstand im *grassroots*-Bereich. Auch wenn die *Kifaya* (Genug)-Bewegung die bekannteste wurde, brachten doch fast alle wichtigen Standes- und Berufsverbände (Ärzte, Rechtsanwälte, Journalisten, Ingenieure usw.) eigene „Ableger“ hervor. Analog zum hohen Anteil Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung war auch die *Kifaya*-Bewegung per Saldo eine „junge“ Bewegung. Wenn die Hälfte der Einwohner eines Landes unter 25 Jahre und ein Drittel sogar unter 15 Jahre alt ist,¹⁴ dann treffen allgemeine soziale und politische Lebensbedingungen auch immer für die Jugend zu. In Ägypten kommt allerdings verschärfend hinzu, dass Missstände sich häufig zuerst bzw. besonders heftig unter den Jugendlichen bemerkbar machen. So liegt etwa die Jugendarbeitslosenrate um ein Mehrfaches über der generellen Arbeitslosenrate; mehr als 4 Prozent der Bevölkerung streben jährlich neu auf den Arbeitsmarkt.¹⁵ Selbst gut ausgebildete Universitätsabsolventen finden selten eine existenzsichernde Beschäftigung. So verwundert es nicht, dass die Mehrheit der etwa 100.000 Mitglieder der „6. April Bewegung“, der Organisation, die hinter dem Aufruf zu den Demonstrationen auf dem Kairoer Tahrir-Platz am 25. Januar 2011 stand, zwar Jugendliche sind, ihren Namen aber auf den Protest der Textilarbeiter von Mahalla al-Kubra am 6. und 7. April 2008 zurückführen.¹⁶

Bis zum Zeitpunkt des Aufrufs war die Graswurzelbewegung – trotz des spürbaren Anwachsens ihrer Aktivitäten – insgesamt eine vorwiegend spontan agierende Strömung, aus der sich – nicht zuletzt wegen der Repressalien durch das Regime – weder straff organisierte politische Parteien entwickelten, noch bekannte Führungspersonlichkeiten hervorgingen. Letzterem am nächsten kam der ehemalige Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Mohammed El-Baradei, in dessen NBW sich ab 2010 *Kifaya*-Gruppen, aber auch enttäuschte Mitglieder etablierter Parteien sammelten, ohne dass El-Baradei dem Umsturz letztlich seinen Stempel aufdrücken konnte. Dafür fehlte es ihm nicht zuletzt an innenpolitischer Erfahrung und Veran-

kerung. Das galt wiederum weniger für neun Personen des öffentlichen Lebens, die sich im Verlauf des Umsturzes zu einem „Rat der Weisen“ zusammenschlossen, um der Graswurzelbewegung ein Gesicht in den Verhandlungen mit dem Militär zu geben. Dem bekanntesten „Weisen“, dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Musa, werden zwar durchaus politische Ambitionen für die „Nach-Mubarak-Ära“ nachgesagt,¹⁷ aber auch ihm fehlt – wie den Akademikern und Geschäftsleuten im Rat – der organisatorische Unterbau.

Die übergroße Mehrheit der protestierenden Jugendlichen war jedoch gänzlich unorganisiert. Die durch *Facebook* und *Twitter* zusammengehaltenen Aufständischen wurden offensichtlich weniger von konkreten politischen Programmen motiviert als von dem allgemeinen Wunsch, der größten demographischen Gruppe des Landes endlich Gehör und Stimme zu verschaffen. Der Wunsch nach Eigen-, und nicht Fremdbestimmung war die Haupttriebkraft. Nicht zuletzt deshalb erhob sich vehementer Protest, als etwa Vizepräsident Suleiman und Ministerpräsident Shafiq die Eltern aufordneten, „ihre Kinder zur Ordnung“ zu rufen.¹⁸ Denn gerade von diesen mundtoten, in der Regel vom Staat als Arbeitgeber abhängigen „Eltern“ unterschieden sich die mehrheitlich in privatwirtschaftlichen, meist prekären Arbeitsverhältnissen steckenden „Kinder“ erheblich.

Facebook, in dem noch 2007 nur 70.000, aber gegenwärtig über fünf Millionen Ägypter aktiv sind, hat zweifellos zu gravierenden soziokulturellen Veränderungen im Land beigetragen; einschließlich des diffusen politischen Charakters dieser Komponente des Umsturzes. Selbst die bekannteste *Facebook*-Gruppe, die nach dem im Juni 2010 in Alexandria von Polizisten umgebrachten Khaled Said benannte „Wir sind alle Khaled Said“-Bewegung, handelte bis Januar 2011 eher virtuell als real – und auch danach nicht politisch programmatisch. Symptomatisch dafür kann das Statement des *google*-Marketingfachmanns Wael Ghoneim, des Koordinators der Bewegung, gelten, der nach zwölfjährigem Polizeigewahrsam am 7. Februar 2011 erklärte, dass er persönlich keinerlei politische Ambitionen habe.¹⁹

Wie angedeutet, mag der fluide Netzwerkcharakter der Graswurzelbewegung während des Umsturzes eine Stärke gewesen sein, ohne organisatorische und programmatische Weiterentwicklung wird sie dennoch in der Zukunft unweigerlich marginalisiert werden.

14 Vgl. DSW-Datenreport 2010. *Soziale und demographische Daten zur Weltbevölkerung*, Hannover: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung 2010, S. 7.

15 Vgl. Barry Desker: *Egypt's Youth Uprising: Its Global Dimensions*, Singapur: S. Rajaratnam School of International Studies – RSIS 2011 (Commentaries No. 14, 9.2.), S. 1.

16 Vgl. Popular Protest..., FN 7, S. 1.

17 Siehe z.B. Al-Masry al-Yawm, Kairo, 3.3.2011.

18 Vgl. The Economist, London, 17.2.2011.

19 Vgl. Mushahid Ali (2011), *After the Facebook Revolution: Whither Egypt?*, Singapur: RSIS 2011 (Commentaries No. 22, 15.2.), S. 2.

Die legale Opposition

Das Mubarakregime duldete bzw. förderte ein Spektrum von Oppositionsparteien, deren Zahl und Einfluss es durch ein rigides Zulassungssystem steuerte, und mit dessen Führungen es enge, bisweilen sogar verwandtschaftliche Beziehungen unterhielt. Regierung und legale „Opposition“ veranstalteten so faktisch ein „Spiel mit verteilten Karten,“ zu dem nur Zugang erhielt, wer sich den Spielregeln beugte. Zu den bekanntesten dieser 23 Parteien zählen die konservative Neo-Wafd-Partei, die bei den umstrittenen Wahlen vom November/Dezember 2010 sechs Mandate errang, die sozialistische Tagammu-Partei (5 Sitze) und die liberal-demokratische Ghad-Partei (ein Sitz).²⁰ Ayman Nour, der Führer der Ghad-Partei, erlangte 2005 einige Berühmtheit, als er als Gegenkandidat von Hosni Mubarak in den Präsidentschaftswahlen sieben Prozent der Stimmen erhielt und daraufhin prompt inhaftiert wurde. Seit seiner Freilassung 2009 befindet sich aber auch sein politischer Stern im Sinken. Ähnlich wie den „Blockparteien“ in der ehemaligen DDR traut die Mehrheit der Ägypter den legalen Parteien weder den Willen, noch die Fähigkeit zu einem tatsächlichen Regimewechsel zu. Das – wenn auch geringe – Restpotential dieser Parteien bei der Mitgestaltung der politischen Landschaft Ägyptens nach dem Rücktritt Mubaraks liegt in ihrem Organisationsgrad bzw. ihrer gewachsenen Struktur, die sie der Graswurzelbewegung voraussetzt.²¹

Die Muslimbruderschaft

Hauptnutznieß der politischen Vakuums im Bereich der organisierten legalen Opposition ist die Muslimbruderschaft, der zwar die Zulassung als Partei offiziell versagt blieb, die aber trotzdem alle wichtigen Merkmale einer starken politischen Organisation vorweisen kann. Für viele „einfache“ Ägypter verkörpern die Muslimbrüder eine persönlich integre und daher glaubhafte, pure und „unverdorbene“ politische Alternative zum bestehenden Regime. Dieses Ansehen wird von der Bruderschaft geschickt kultiviert. Sie behauptet unentwegt, nichts zu fordern, was ihre Mitglieder nicht vorleben würden. Andererseits vermeidet sie Aussagen dergestalt, dass der Islam „Zauberformeln“ für die Bewältigung jeglicher Krisen beinhalte. Stattdessen versucht sie die Hoffnung zu vermitteln, der Islam bzw. eine islamische Gesellschaft könne neue soziale Normen und Gesetze des Umgangs miteinander begründen, und ins-

besondere besser gewährleisten, dass persönliche Leistung und individuelles Verhalten den Platz und das Fortkommen in der Gesellschaft definieren und nicht Familienverbindungen, Klientelzugehörigkeit und Korruption. Auf dieser Basis wurde die Muslimbruderschaft zwar zur stärksten einzelnen Oppositionsbewegung Ägyptens, musste aber der permanenten Repression seitens des Regimes in jüngster Zeit insofern Tribut zollen, als dass lähmende Streitigkeiten zwischen konservativen und Reformkräften stark zunahmen.

Bei den Neuwahlen zur Führung der Bruderschaft setzten sich im Januar 2010 die konservativen Kräfte durch. Der neue Oberste Führer, Muhammad Badi, gab einen Kurs der Bevorzugung von Erziehungs-, Bildungs- und Wohltätigkeitsarbeit vor aktiver Beteiligung in der Politik vor. Nicht zuletzt dieser Kurswechsel führte zu Beginn der Demonstrationen im In- und Ausland zu der Wahrnehmung, dass die „islamistische“ Komponente in der Protestbewegung keine herausragende Rolle spiele. Im Nachhinein mag sich dieses Verhalten als klug herausgestellt haben, verhinderte es doch den sonst mit Sicherheit vom Regime erhobenen Vorwurf, hinter dem Aufruhr steckten „finstere islamistische Machenschaften“. Allerdings nahm schon wenige Tage nach Protestbeginn der Druck jugendlicher Mitglieder und der im Januar 2010 unterlegenen Reformfraktion auf die Führung zu, sich rückhaltlos am Aufstand gegen Mubarak zu beteiligen, um die Unterstützung und den Zuspruch der Massen nicht zu verspielen. Diese aktiven Muslimbrüder hatten in Teilen Ägyptens (u.a. Nildelta) schon von Anfang an zu den Initiatoren von Demonstrationen gezählt. In Kairo gab Muhammad Badi schließlich am 28. Januar 2011 die Order aus, sich „bei Wahrung friedlicher Mittel“ mit aller Kraft an der Protestbewegung zu beteiligen: der Rubikon war überschritten.²²

Von diesem Zeitpunkt an gehörten insbesondere die jugendlichen Mitglieder der Muslimbruderschaft zu den aktivsten Kräften in der Protestszene. Ihre Blogger bestimmten den Diskurs nicht zuletzt deshalb entscheidend mit, weil sie sich beispielsweise von „Lehrmeinungen“ der Bruderschaft hinsichtlich der Gewährung von Menschen- insbesondere Frauenrechten und des Umgangs mit anderen Konfessionen (Kopten) deutlich distanzieren.²³ Besonders ungeduldige Aktivisten riefen für den 17. März 2011 sogar zu einer „alternativen Basissitzung“ der Bruderschaft auf, um ihr eine „zeitgemäße und handlungsfähige“ Führung zu geben.²⁴ So weit beabsichtigen die bisherigen Reformer innerhalb der Bruderschaft um den ehemaligen Obersten Füh-

20 Vgl. Patrycia Sasnal (2011), *Current Alignment of Political Forces in Egypt*, Warschau: PISM (Bulletin Nr. 15, 14.2.), S. 2.

21 Siehe auch Asseburg, Muriel und Stephan Roll (2011), *Ägyptens Stunde null? Akteure, Interessen, Szenarien*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik 2011 (SWP-Aktuell, Nr. 10, Februar 2011) S. 2 f..

22 Vgl. Popular Protest..., FN 7, S. 3, 24.

23 Vgl. Adel Darwish u.a., *Egypt...*, FN 12, S. 20.

24 Vgl. Al-Masry al-Yawm, Kairo, 1.3.2011.

rer Muhammad Akif, den Sprecher Essam El-Erian und den ehemaligen „Fraktionschef“ im Parlament, Saad al-Katatni, nicht zu gehen, aber die Initiative der jugendlichen Mitgliedschaft ermutigte sie immerhin, sich mit erneuerten Forderungen nach der Errichtung eines „zivilen Staates mit islamischem Referenzrahmen“²⁵ in die Diskussion einzubringen. Muhammad Badi reagierte. Im Gegensatz zu seinem bisherigen Credo kündigte er schon am 21. Februar 2011 an, die Muslimbruderschaft werde unverzüglich mit der Vorbereitung zur Gründung einer Partei, der „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“ beginnen. Sie würde sofort aktiv werden, wenn Artikel 5 der Verfassung annulliert sei. Im übrigen stelle die Muslimbruderschaft keine exklusiven Forderungen, sondern kämpfe „für die Realisierung der Forderungen des Volkes.“²⁶ Eine derartige politische Cleverness mag der Muslimbruderschaft zusätzliche Stimmen bei zukünftigen Wahlen einbringen. Sie wird sich aber nur dann auszahlen, wenn die Organisation bis dahin ihren heftigen Generations- und Richtungskampf übersteht.

3 Ausblick

Neben Präsident Hosni Mubarak mussten auch weitere besonders exponierte Vertreter seines Regimes abdanken; die Regierungspartei NDP kämpft um ihr politisches Überleben, zahlreiche Nutznießer der vergangenen autokratischen Herrschaftsverhältnisse sind abgetaucht und verhalten sich still. Aus dem Konglomerat der alten Kräfte ragt nur das Militär – wenn auch in zentraler Funktion – hervor. Die Situation suggeriert das Bild eines Eisberges; zum größten Teil unsichtbar, aber gleichwohl vorhanden.

Es wird in den kommenden Monaten weiterer großer Anstrengungen der Oppositionsbewegung bedürfen, um diesen Teil des alten Regimes nicht nur unsichtbar, sondern auch unwirksam zu halten. Dazu müssen juristische, organisatorische und politische Vorkehrungen getroffen werden: Zentral bleibt die Aufhebung der Notstandsgesetze und die weitere Überarbeitung der Verfassung, etwa des Artikels 5. Die Opposition muss sich in modernen Parteien organisieren und klare programmatische Aussagen formulieren. Dabei mag helfen, dass sie mehrheitlich den Regimewandel sowie die Unumkehrbarkeit der eingeleiteten Entwicklung anstrebt und mit einer landesweiten Unterstützung, insbesondere der jugendlichen Mehrheitsbevölkerung, rechnen darf. Auch die von der Zensur befreiten Medi-

en werden aller Voraussicht nach eine wichtige flankierende Rolle bei dieser Entwicklung spielen.

Angesichts der bisherigen organisatorischen und programmatischen Schwäche der Opposition bleibt aber fraglich, ob die vom OMR avisierte sechsmonatige Übergangsfrist genügt, um konkurrenzfähige Alternativstrukturen zum alten Regime aufzubauen. Es drängt sich immerhin der Verdacht auf, dass das Militär diesen kurzen Zeitraum bewusst favorisiert hat, nicht, um selbst weiter zu herrschen, sondern um Politiker zu lancieren, die in seinem Interesse handeln. In diesem Sinn war das Fallenlassen Mubaraks wohl eher ein überfälliger Schritt der eigenen Machtsicherung. Vollkommen offen bleibt jedenfalls die mögliche Reaktion der Armeeführung auf die allgemeine und freie Wahl eines ihr nicht genehmen Präsidenten.

Weitere Unwägbarkeiten liegen im Konsolidierungsprozess der Opposition selbst. So unabdingbar er auch ist, kann er zu tiefen Spaltungen und Zerwürfnissen führen, je weiter der kleinste gemeinsame Nenner, der Sturz Mubaraks, in den Hintergrund rückt. Revolutionen müssen jedenfalls verteidigt werden, wie etwa die „orange“ Revolution in der Ukraine beweist, die trotz vergleichsweise hoher Massenbeteiligung vorerst scheiterte. Ähnliche Vergleiche wurden unterdessen auch mit anderen Volkserhebungen angestellt, seien es der Sturz Suhartos in Indonesien 1998, oder die Entmachtung Salazars in Portugal 1974. Ohne zu simplifizieren, halten alle diese Beispiele Erfahrungen für Ägypten 2011 bereit: Begünstigende Strukturen in der regionalen Nachbarschaft und konsequente, wenn auch behutsame Solidarität des Westens helfen bei der Verstärkung des Machtwechsels.

Literatur

- Brown, Nathan J. (2011), *The Struggle to Define the Egyptian Revolution*, Washington D.C.
- International Crisis Group (2011), *Popular Protest in North Africa and the Middle East (I): Egypt Victorious?*, *Middle East/North Africa Report*, 101, Brussels.
- Larivé, Maxime (2011), *The European Union, Tunisia and Egypt: norms versus interests – thoughts and recommendations*, Miami.
- National Democratic Institute for International Affairs (2010), *Egypt elections 2010*, Washington/D.C.
- Pioppi, Daniela (2011), *Is there an Islamist alternative in Egypt?*, Rom.
- Sharp, Jeremy M. (2011), *Egypt: background and U.S. relations*, Washington D.C.

²⁵ Asseburg, Muriel und Stephan Roll, *Ägyptens...*, FN 21, S. 4.

²⁶ MB group has decided to establish political Party of Freedom & Justice, <<http://www.ikhwanweb.com>> (22.2.2011).

■ Der Autor

Prof. Dr. Henner Fürtig ist Direktor des GIGA Institut für Nahoststudien. Spezialgebiet: Neueste Geschichte und Politik des Vorderen Orients, insbesondere der Golfregion; dazu zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland.

E-Mail: <fuertig@giga-hamburg.de>; Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/fuertig>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Aktuell wird Ägypten am GIGA in zwei unterschiedlichen Forschungszusammenhängen behandelt. Die politische und soziale Neugestaltung eines ehemals autoritären Staates wird im Rahmen des Forschungsteams „Persistenz und Wandel nichtdemokratischer Regime“ im Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ untersucht, das Wirken islamistischer Komponenten im Rahmen des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“ im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, Andre und Morten Valbjørn (2010), Examining the Post in Post-Democratization: The Future of Middle Eastern Political Rule through Lenses of the Past, in: *Middle East Critique*, 19, 3, 183-200.

Büchs, Annette (2010), *Führungswechsel bei Ägyptens Muslimbruderschaft: Demokratieversuch mit unverhofftem Ergebnis*, GIGA Focus Nahost, 1, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

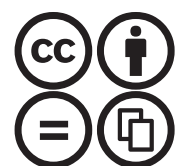
Fürtig, Henner (2008), Ägypten zwischen Reformdruck und Beharrungsvermögen, in: Heinemann-Grüder, Andreas, Jochen Hippler, Markus Weingart, Reinhard Mutz und Bruno Schoch (Hrsg.), *Friedensgutachten 2008*, Münster: Lit-Verlag, 281-292.

Fürtig, Henner (2007), Transformation to persist: Political Reform in Egypt since 9/11, in: Fürtig, Henner (Hrsg.), *The Arab Authoritarian Regime between Reform and Persistence*, Newcastle: Cambridge Scholars Publishing, 26-56.

Lübben, Ivesa (2009), *Die Muslimbruderschaft und der Widerstand gegen eine dynastische Erbfolge in Ägypten*, GIGA Focus Nahost, 5, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0 <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg



German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM